Antragsteller: Kreisverband Saarlouis

A 2: Entlastung der saarländischen Justiz

Der Saarlandtag möge beschließen:

Die Junge Union Saar fordert die Landesregierung auf, die saarländische Justiz spürbar zu entlasten. Die derzeit von der SPD-Alleinregierung geplante Besetzung 15 neuer Stellen für Richter und Staatsanwälte bleibt weit hinter den Bedarfen der saarländischen Justiz zurück. Großer Personalmangel und daraus resultierend lange Verfahrensdauern schwächen das Vertrauen der Menschen in Rechtsstaat und Demokratie. 5870 offene Strafverfahren im Saarland zum Jahreswechsel 2025 nach 2026 sind ein für einen Rechtsstaat unhaltbarer Zustand. Ebenso fatal ist, dass für den Justizvollzugsdienst trotz hoher Auslastung der Gefängnisse kein neues Personal vorgesehen ist. Wir fordern daher die Schaffung 40 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte bei der ordentlichen Gerichtsbarkeit sowie 50 neuer Stellen im Justizvollzugsdienst.

Begründung:

Erfolgt ggf. mündlich

Empfehlung der Antragskommission

O Annahme O Ablehnung O Annahme i.g.F. O Verwiesen an_____

O Erledigt durch _____ O Nichtbefassung wegen Beschlusslage